

Einmal wöchentlich. Bezugspreis: für Juli 2 R.-M. auschl. Postgebühren. Berechnung der Bezüge nach Rent.-Markt. Preise: Die eingeleitete Beilage 10 S., f. Familien- u. Vereinsanz., Gesuche 20 S. Die Zeit-Meliamerze 20 mm breit, 1 M. Offertengebühr für Selbstabholer 20 S., bei Lieferung b. d. Post außerdem Vorkaufschlag. Preis f. d. Einzelnummer 10 Renten-Vennig. Geschäftslicher Teil: Josef Hohmann, Dresden.

Im Falle härterer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für unbesitzl. u. d. Fernpost, übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptverleger: Dr. Josef Albert, Dresden.

Sächsisches Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verlagsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Saxonia-Druckerei GmbH, Dresden-N. 18, Heubergstraße 46, Fernruf 22722, Postfach 1070 Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden - N. 18, Heubergstraße 46, Fernruf 22722, Postfach 1070 Dresden 14797

Sachverständigen-Gutachten und Parlament

Von Dr. Fügler

Soweit das Sachverständigen-Gutachten und die im Verlauf des Sachverständigen-Gutachtens und der in Verbindung mit ihm getroffenen Vereinbarungen eine Herabsetzung der Verfassung notwendig machen, ist bekanntlich eine Zweidrittel-Majorität des Reichstages erforderlich. Ob eine Verfassungsänderung in Frage kommt, kann selbstverständlich erst beurteilt werden, wenn die entsprechenden Gesetzesentwürfe vorliegen. Eine Verfassungsänderung kann in Frage kommen bei der Umwandlung der Eisenbahnen. Man kann häufig die Meinung hören, daß durch irgendeine mehr oder minder geschickte Manipulation man gegebenenfalls um die Zweidrittel-Majorität herumkommen soll. Ob eine Verfassungsänderung im gegebenen Falle vorliegt, ist durch eine objektive Stelle, die in keiner Weise abhängig sein darf, zu prüfen. Wird die Tatsache einer Verfassungsänderung anerkannt, dann gibt es auch tatsächlich nichts anderes, als die Volksovertretung vor die Frage zu stellen, ob sie mit einer solchen einverstanden ist oder nicht. Es ist u. E. eine unbedingte Notwendigkeit, daß reifliche Klarheit in dieser Frage geschaffen wird. Die Parteien, die sich bisher gegen die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens ausgesprochen haben, sollen Farbe bekennen, abgesehen davon, daß sich gerade eine demokratische Regierung peinlich hüten muß, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob sie die Grundzüge der Demokratie nicht beachte. Die Verantwortung darf den Gegnern des Sachverständigen-Gutachtens nicht so leicht gemacht werden, wie sie es vielleicht selbst wünschen. Wollen die Deutschen nationaler Weisheit das Sachverständigen-Gutachten ablehnen, so sollen sie vor dem ganzen deutschen Volke die Verantwortung für die Ablehnung übernehmen. Welche Konsequenzen sich aus einer solchen Ablehnung für die Regierung und für den Reichspräsidenten ergeben würden, ist eine andere Frage.

Es ist schon hundertmal gesagt worden, daß das aus tausend Wunden blutende deutsche Volk unter der Zerrissenheit der Parteipolitik und der wenig staatspolitischen Einstellung der einzelnen Parteien leidet. Es wird auch von Gegnern anerkannt, daß die Zentrumspartei die Partei ist, die bisher wohl am meisten staatspolitisch orientiert gewesen ist. Das Wort des alten verehrten Zentrumsführers Gröber ist bei den Entscheidungen der letzten Jahre immer und überall berücksichtigt worden: „Die Partei kann zugrundegehen, das Vaterland nicht.“ Andere große Parteien sind leider nun nicht auf diesen großen Gedanken eingestellt, statt staatspolitisch treiben sie Parteipolitik — im Gegensatz etwa zu England, wo in allen Parteien der staatspolitische Gedanke vorherrschend ist. — Parteipolitische und staatspolitische Orientierung stehen sich aber vielfach diametral entgegengesetzt gegenüber. Zu einer Partei muß dann das parlamentarische System herabsinken. Wie wird es denn vielfach gemacht und ist es gemacht worden? Die oder jene Partei ist wohl davon überzeugt, daß ein gesetzgeberischer Schritt unabwehrbar ist und daß er gemacht werden muß. Ihre parteipolitische Einstellung, die Versprechungen und die großen Worte, die sie den Wählern vor der Wahl gemacht haben, verbieten es aber, den Abgeordneten dieser Partei und damit der Partei, eine Verantwortung für diese Überzeugung zu tragen. Bei einer etwaigen Abstimmung stimmen die Herren und diese Partei nun nicht etwa geschlossen gegen ein Gesetz, sondern sie schicken so viele Leute heraus, daß das Gesetz mit einer vielleicht schwachen Minderheit noch angenommen werden kann. Ein derartiges Vorgehen ist Angst vor der Verantwortung, ist Unwissenheit, die ein falsches Bild von der Meinung der Wählerschaft gibt und die letzten Endes zum Schaden des Vaterlandes ausschlagen muß. Abgesehen davon ist ein derartiges Vorgehen eine Unehrlichkeit gegenüber den Parteien, die den Mut zur Verantwortung haben, und deren Mitglieder ohne jede Rücksicht auf den Ausfall der künftigen Wahl so volleren, wie es ihrer Überzeugung entspricht.

Es ist so leicht, „dagegen“ zu sein, es ist umso leichter, wenn man weiß, daß eine als notwendig anerkannte Maßnahme auch ohne die eigene Stimme durchgeführt wird. Das Zentrum hat die Verantwortung nie gesucht, und wenn der letzte Wahlgang für das Zentrum so über alles Erwarten gut ausgefallen ist, so ist das mit darauf zurückzuführen, daß die Wählerschaft erkannt hat, daß das Zentrum positiv mitarbeitet und mitarbeiten will, daß es sich nicht auf die reine Negativität beschränkt, sondern bereit ist, die Verantwortung zu übernehmen. Unter diesem Motto ist vom Zentrum der letzte Wahlgang geführt worden. Gewiß ist die kritische Sonde bei allen Maßnahmen einzusetzen und gegen die Kritik ist auch nichts einzuwenden, wenn sie fruchtbar ist, d. h. wenn sie nicht nur „Rein“ sagt, sondern bei Ablehnung des Vorgehlagenen einen besseren Vorschlag zu machen weiß. Das Reinlagen ist leicht, es gibt wohl kaum eine gesetzgeberische Maßnahme der letzten fünf Jahre, an der nicht die schärfste Kritik geübt werden könnte. Die Frage ist immer nur die: Gätte es von den Leuten, die Kritik üben, besser gemacht werden können unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände? Es darf doch nicht vergessen werden, daß die ganze Gesetzgebung der letzten Jahre unter dem furchtbaren außenpolitischen Druck stand, und es darf des ferneren nicht vergessen werden, daß wir nur selten das an sich als gut Erkannte zu wählen hatten, sondern bestenfalls das Geringere von zwei Übeln.

Es liegt kein Grund vor, die Parteien, die sich bisher auf eine unfruchtbare Opposition beschränkt haben, von der Verant-

Die unklare politische Lage

150 Regierungsvertretungen

London, 11. Juli. (Drahtbericht.) Den Blättern zufolge ist die Eröffnung der interalliierten Konferenz für Mittwoch, den 16. Juli, vormittags 11 Uhr, im Foreign Office festgesetzt worden. Die Stärke der einzelnen Delegationen sei der britischen Regierung noch nicht mitgeteilt worden, es wird jedoch erwartet, daß insgesamt 150 Regierungsvertretungen der beteiligten Nationen anwesend sein werden. Am Mittwoch wird wahrscheinlich die Konstituierung der Konferenz, der Kommissionen und Büros, sowie der Tagesordnung stattfinden. Am Donnerstag soll dann die Beratung beginnen.

Deutschlands Bedenken

Paris, 11. Juli. (Drahtbericht.) Das zwischen Macdonald und Herriot in Paris geschlossene Kompromiß ist durch zwei Tatsachen gekennzeichnet:

Macdonald hat zugunsten Herriots auf seine erste Forderung verzichtet und Herriot damit innenpolitisch gestärkt.

Herriot hat damit einen gewissen Erfolg über seine bisherigen Gegner erlangt. Das ist deutlich vor allem an den Pressestimmen aus London zu erkennen, von denen betont wird, sein englischer Premierminister habe in Paris eine so schwere Niederlage erlitten wie Ramsay Macdonald. Dem tritt der Premierminister in einer Erklärung entgegen, in der es heißt, daß die Konferenz in Paris ein voller Erfolg gewesen sei. In Paris hatte sich Macdonald noch am Abend vorher viel vorsichtiger ausgedrückt. Er bezeichnete dort die bisherigen Vereinbarungen nur als eine Grundlage, auf der in Zukunft eine Einigung möglich wäre.

Bedenklich ist, daß das Problem der Reparationen wieder nur unter innerpolitischen Gesichtspunkten behandelt worden ist. Was dies für die internationale Lage bedeutet, zeigt die Ablehnung der Vereinbarungen zwischen Macdonald und Herriot durch die Vereinigten Staaten. Mit vollem Rechte sind wir Deutsche über das Pariser Abkommen deswegen enttäuscht, weil dort kein Wort über die Einbindung der deutschen Regierung verloren wird. Der offizielle Kommentar der Havard-Agentur enthält nur den Satz: „Deutschland wird nicht zu der Konferenz am 16. Juli hinzugezogen.“ Diese Haltung ist sehr unklar. Sie läßt zwei Möglichkeiten offen: Entweder sollen gar keine deutschen Vertreter nach London kommen, oder die deutschen Vertreter sollen zu einer Art Sachkonferenz hinzugezogen werden. Daß Deutschland nicht gemittelt sein kann, dieses Übergehen stillschweigend hinzunehmen und das von den Alliierten vereinbarte Protokoll nachträglich zur Unterschrift zu erhalten, ist selbstverständlich. Ein Fiskus nach dem Muster von Versailles und London würde zu den schlimmsten innenpolitischen Komplikationen in Deutschland führen.

Amerikas Vertreter in London

London, 11. Juli. Während der Londoner Konferenz werden eine Anzahl führender amerikanischer Finanzmänner, die an die Spitze eines Syndikats für die Unterbringung der deutschen Anleihe treten sollen, in London versammelt sein, um jederzeit von der Konferenz als Sachverständige gehört werden zu können über die Möglichkeiten, wie der Dawesbericht in die Praxis umzusetzen sei. Zu diesen amerikanischen Finanzfachverständigen gehören Dr. Porter von der Morgangruppe, Young das Mitglied des Dawes-Ausschusses, Wight der Vorsitzende des Verwaltungsrates von Armonn-Chicago und als außenpolitischer Sachverständiger der amerikanische Staatssekretär Hughes.

Washington, 11. Juli. In hiesigen politischen Kreisen wird erklärt, daß die Frage, ob Coolidge ohne Zustimmung des Senats den amerikanischen Delegierten Young ermächtigen könne, in Fragen, die einen deutschen Verzug betreffen, als Schlichter aufzutreten, zuerst vom Anwalt des Staatsdepartements oder möglicherweise auch von anderen gesetzlichen Regierungsbeamten geprüft werden müsse. Von einer Stelle des Staatsdepartements wird die Lösung vorgeschlagen, daß Young als Schlichter in genau umgrenzter Eigenschaft dienen solle. Es ist jedoch noch kein zuverlässiges Urteil möglich, solange die amtliche Meldung über die Einzelheiten des

wortung zu entlasten. Sie sollen und müssen sie tragen für ihr Vorgehen, deshalb ist es unbedingte Notwendigkeit, Klarheit der eingangs berührten Frage zu schaffen. Wollen die Parteien und die Herren, die diesen angehören, die Verantwortung für die Ablehnung des Sachverständigen-Gutachtens im heutigen Zeitpunkt übernehmen, so soll man sie ihnen lassen. Ist die gegenwärtige Regierung und der Reichspräsident der Auffassung, daß die Ablehnung des Sachverständigen-Gutachtens im gegenwärtigen Zeitpunkt für das deutsche Volk nicht tragbar ist, so müssen sie die Konsequenzen ziehen und mit einem erneuten Appell an das deutsche Volk herantreten. Bietet dieses gegen die jetzige Regierung, dann ist der Fall erledigt, dann müssen die Oppositionsparteien die Regierung übernehmen. Willigt aber das deutsche Volk die bisherige Politik, dann ist der Weg frei. Obwohl der Einwand ist berechtigt, wir können nicht mehr viel Zeit verlieren. Die Mandate, die jetzt von Frankreich wieder beliebt

würdig erreichten Abkommens noch nicht vorliegt. Obwohl von Neuem auf den ersten Wunsch der gegenwärtigen amerikanischen Regierung hingewiesen wird, bei jedem Plan für eine rasche Durchführung des Dawesprogrammes mitzuwirken, wird dennoch von einigen amtlichen Kreisen nach wie vor bezweifelt, daß der amerikanische Delegierte eine volle Stimme in der Reparationskommission abgeben könne, ohne seine informelle Stellung ernstlich zu gefährden, die er streng innehalten soll.

Der zweite Vorschlag im Abkommen zwischen den Premierministern Großbritanniens und Frankreichs, daß das entscheidende Urteil, ob ein Verzug Deutschlands vorliege, vom Generalagenten für Reparationszahlungen abgegeben werden solle, wird in gewissen Washingtoner Kreisen für praktisch gehalten. Die amtlichen Kreise, die diesen Standpunkt einnehmen, sind der Ansicht, daß der Generalagent der Beamte ist, der den Verzug in dem im Dawesplane vorgesehenen Transaktionskette führen soll.

Macdonald rechtfertigt sich

London, 11. Juli. Gestern nachmittags hat Macdonald vor dem überfüllten Unterhause die von ihm in Aussicht gestellten Erklärungen über seine mit Herriot gehaltenen Besprechungen über die in der nächsten Woche stattfindende Reparationskonferenz abgegeben. Der englische Ministerpräsident erklärte:

In Paris sei eine unglückselige Situation entstanden, die gedroht habe, alle mit Bezug auf die Verwirklichung des Sachverständigen-Gutachtens vollendeten Vorarbeiten zunichte zu machen. Deshalb sei er nach Paris gereist, um diese Gefahr zu beseitigen. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß es dringende Notwendigkeit sei, ohne jeden Verzug die Sachverständigen-Gutachten in die Tat umzusetzen. Diese Notwendigkeit sei durch die für die Neuwahlen und Regierungsbildungen auf dem Kontinent erforderliche Zeit noch verschärft worden. Es sei wesentlich, daß die auf den 16. Juli festgesetzte interalliierte Konferenz unbedingt abgehalten werde, da sehr viele Details promptisch erledigt werden müßten, um die Sachverständigen-Gutachten zur Ausführung zu bringen, und gerade sehr viele dieser Details erforderten das eingehende Studium der Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse.

Es handle sich dabei auch um die Frage einer Anleihe, und diese könne nicht eher ausgesetzt werden, als bis alle die, die sich daran zu beteiligen beabsichtigen, die Gewähr hätten, daß die ganze Angelegenheit ausschließlich vom Finanzfachverständigen nach allen Seiten hin durchgeprüft werde und bis sie die Gewähr hätten, daß ihre Anleihe nicht durch irgendeine politische oder militärische Aktion, sei es von irgendeiner alliierten Seite, sei es von deutscher Seite aus vernichtet würden.

Er habe, als er nach Paris gegangen sei, die Pflicht empfunden, angesichts der plötzlich entstandenen Situation gerade über diesen Punkt mit der französischen Regierung zu diskutieren und mit ihr zu einer Einigung zu kommen. Die englische Regierung beabsichtige nicht, ihre so oft dokumentierte Auffassung über die Arbeiten und die Befugnisse der Reparationskommission aufzugeben. Gleichzeitig könne die englische Regierung nicht zugeben, daß die Anleiheemission durch irgendeine Aktion gefährdet würden, die der des vorigen Jahres ähnlich sei. Daher habe die englische Regierung ihre Zustimmung dazu erteilt, daß der Reparationskommission, sobald sie mit Vorschlägen aus dem Sachverständigen-Gutachten beschäftigt werde, ein amerikanisches Mitglied beigegeben werde, das die Interessen der Alliierten überwachen solle. Die Ansicht der englischen Regierung gelte dahin, daß diese Befugnisse gewissermaßen als Sachverständiger im Falle einer Verletzung amtierend solle, um dann eine einmütige Entscheidung der Reparationskommission herbeizuführen. Die französische Regierung habe sich für diesen Punkt Bedenken bis zur Londoner Konferenz geäußert, er habe sich damit einverstanden erklärt. In der Zwischenzeit werde die englische Regierung die finanziellen Seiten dieser Frage nachprüfen.

Bis dies alles zur Zufriedenheit der Investoren geregelt sei, sei an keine Anleihe zu denken. Zum Schluß sagte Macdonald: Die französische Regierung habe weiterhin großen Wert darauf gesetzt, die Frage der nationalen Sicherheit auf die Tagesordnung der Konferenz zu erhalten. Die englische Regierung habe es ebenfalls klargelegt, daß von keiner Seite Vorschlag eines politischen Pakts die Rede sein könne, habe aber wiederholt, daß es ihr wünschenswert erscheine, wenn alle einschlägigen Kräfte dieser Art von einer Abrüstungskonferenz des Völkerbundes und bei anderen ähnlichen Gelegenheiten erörtert würde. Macdonald gab jedoch keinen Dank für die überaus herzliche Aufnahme, die er als Vertreter der englischen Regierung von allen

werden, sind schuld daran, wenn wir in der Frage des Sachverständigen-Gutachtens noch nicht weiter sind. Dafür trägt die französische Politik die Verantwortung, ebenso für die Folgen, die sich aus ihrem Vorgehen in unserem Vaterland wie im Ausland daraus ergeben. Die ganze Wirtschaftslage in Deutschland aber drängt nach Klarheit, die möglichst bald geschaffen werden muß. Die Wirtschaft kann den Zustand, in dem sie sich heute befindet, nicht mehr lange ertragen, und wenn wir uns auch aus der Annahme des Sachverständigen-Gutachtens keine goldenen Berge versprechen, die ganze Lage wird doch eine gewisse Entspannung erfahren. Aber so dringlich die Erledigung der Angelegenheit ist, und so sehr wir uns bemühen müssen, alles zu tun, um die Erledigung zu fördern — auch die innerpolitische Klarheit ist eine unbedingte Notwendigkeit, denn ohne diese wird auch die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens einen Erfolg auf die Dauer nicht bedeuten.